



# Bundestags- brief

Nr. 163 • Die Woche im Bundestag • 16.01.2015



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Versprochen und gehalten: Die Null steht schon 2014

Es ist das zentrale Versprechen der CDU aus dem Bundestagswahlkampf 2013: Wir sorgen ab 2015 für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

Dieses Ziel haben wir nun bereits im ersten Haushaltsjahr nach der Wahl erreicht. Zwar war die Haushaltsaufstellung durch das Zögern der SPD bei der Bildung der neuen Koalition nicht einfach, aber dennoch gelang es uns, die geplante Neuverschuldung auf 6,5 Milliarden Euro zu drücken.

Dieses entschlossene Beharren der Union auf einer möglichst geringen Neuverschuldung schon im Haushalt 2014 hat sich nun zum Jahresende voll ausgezahlt: Dank weiterhin niedriger Zinsen und einer besseren Entwicklung der Steuereinnahmen konnten sogar auf diese geringe Kreditaufnahme verzichtet - und ein insgesamt ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Das ist ein großer Erfolg für die Bundesregierung und ganz besonders ein Verdienst von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble.

Gleichzeitig ist es auch ein Signal an so manches rot-grün regierte Bundesland und unsere Partner in der Europäischen Union: ausgeglichene Haushalte mit Zukunftsperspektive sind keine Utopie, wenn Regierungen entschieden und verantwortungsbewusst handeln.

Wir stehen auch weiterhin für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Bundeshaushalt. Deshalb werden wir auch in den kommenden auf eine zusätzliche Kreditaufnahme verzichten.

Vielmehr ist es unser Bestreben, aktiv in den kontinuierlichen Abbau der Staatsschulden einzusteigen, damit die Belastungen für den Haushalt auch bei wieder steigenden Zinsen zukünftig im Rahmen bleiben.

Aber natürlich wissen wir auch, dass es mit Sparen allein nicht getan ist, wenn es darum geht, die Weichen für eine gute Zukunft unseres Landes zu stellen. Neben der Konsolidierung der Finanzen setzen wir deshalb auf gezielte Investitionen in die großen Zukunftsthemen unserer Gesellschaft.

Dazu gehören zum Beispiel noch größere Anstrengungen im Bereich Bildung und Forschung. Im Jahr 2015 werden wir hierfür mehr als 15,3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Zum Vergleich: Rot-Grün hat im letzten Regierungsjahr 2005 für diese so wichtigen Themen nicht einmal 7,5 Milliarden Euro übrig gehabt.

Seit Angela Merkel Kanzlerin ist, hat sie für ein Umdenken – und für eine Verdopplung der Mittel hier gesorgt. Die stabile wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ist auch dieser Politik zu verdanken.

Angesichts der Vielzahl kulturell grundlegender Konflikte und der weiter voranschreitenden Digitalisierung unserer Gesellschaft gewinnen auch die Kultur und die Medien eine immer größere Bedeutung.

Ich bin deshalb sehr froh darüber, dass es uns gelungen ist, die Ausgaben für Kultur und Medien im ausgeglichenen Bundeshaushalt 2015 noch einmal um fast 120 Millionen Euro zu steigern. Damit wächst der Etat insgesamt um fast 5 Prozent gegenüber dem Haushalt 2014 an.

Das ist ein klares Bekenntnis der Koalition zum Kultur – und Medienstandort Deutschland und zeigt, dass die Arbeit der Künstlerinnen und Künstlern sowie der Verantwortlichen in den Medien gleichermaßen hoch geschätzt - und ihre große Bedeutung für die Gesellschaft als Ganzes immer stärker anerkannt wird.

## **Gegen Hass und Intoleranz – für die Freiheit und unsere Art zu leben**

Mehr als 3,7 Millionen Menschen sind am Sonntag in Frankreich auf die Straße gegangen, um ihr Mitgefühl mit den Opfern der Terroranschläge in Paris auszudrücken.

Sie haben auch demonstriert, um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Art zu leben auch durch derart brutale Überfälle mitten im friedlichen Alltag nicht nehmen lassen und dass Werte wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ihnen wichtig sind.

Die Menschen in Paris sind nicht allein in diesen schweren Tagen. Wir teilen ihr Leid. Weltweit haben Menschen ihre Solidarität und Verbundenheit bekundet.

Etwa 50 Staats- und Regierungschefs haben persönlich an der beeindruckenden Trauerveranstaltung in Paris teilgenommen. Angela Merkel an der Spitze und viele andere Teilnehmer aus Deutschland haben klargemacht, dass wir unseren französischen Nachbarn in diesen Stunden noch verbundener sind als sonst.

In den Gesichtern der Teilnehmer konnte man ablesen, welche Wunden der Anschlag gerissen, aber auch, welche Entschlossenheit er hervorgerufen hat.

Auch wir sind entschlossen, uns von der Angst nicht beherrschen zu lassen. Wir werden Mord und Intoleranz nicht weichen. Wir werden die Werte der Freiheit gegen Fanatismus und Terror verteidigen.

Ohne Meinungsfreiheit und ohne die Freiheit der Presse ist Demokratie nicht denkbar. Auch dann, wenn uns nicht jedes Ergebnis, jedes Produkt dieser Nutzung der Freiheitsrechte gefallen mag. Ja, man kann streiten über die Karikaturen in der Zeitschrift „Charlie Hebdo“.

Man kann sie mögen oder auch nicht. Aber es muss sie geben dürfen. Meinungs- und Pressefreiheit sind wesentliche Grundlage für unser freiheitliches und demokratisches Europa.

Gerade in einem Europa, das vielfältiger wird, müssen die Freiheitsrechte gewahrt sein und durch den Staat geschützt, aber auch durch uns alle geachtet, werden.

Daher sagen wir: Der feige Angriff auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ war ein Anschlag auf unsere Werte und das Wesen unseres Zusammenlebens in Europa.

Es ist gut, dass Christen, Juden und Muslime, Inländer und Ausländer, Politik und Zivilgesellschaft überall in Europa die Terroristen gemeinsam als das benennen, was sie sind: Gemeine, feige und heimtückische Verbrecher, deren Tat für niemanden ein Gewinn ist. Und deren Verbrechen keine Rechtfertigung finden können. In keiner Ideologie und in keiner Religion dieser Welt.

Es war deshalb wichtig, dass wir all diese Fragen in einer Debatte am Donnerstag im Plenum des Deutschen Bundestages diskutiert haben.

## **Bildung in Deutschland – guter Zwischenstand auf dem Weg in die Bildungsrepublik**

Der Nationale Bildungsbericht 2014 zeigt auf, dass sich die Kennzahlen für Bildung in Deutschland deutlich verbessert haben.

Die Tendenz zeigt in allen Bildungsbereichen klar nach oben. Bei der Kinderbetreuung und der Weiterbildung haben wir die gesetzten Ziele schon jetzt erreicht. Enorm ist auch, dass sich die Zahl der Hochschulabsolventen seit 2002 verdoppelt hat, was für eine erhebliche Erhöhung des Bildungsstandes der Bevölkerung spricht.

Allerdings hat diese Entwicklung eine Kehrseite, die wir schon seit einiger Zeit aufmerksam begleiten: Die Zahl der Studienanfänger liegt erstmals gleichauf mit der Zahl derer, die eine berufliche Ausbildung begonnen haben.

Bei aller Wertschätzung für die akademische Bildung müssen und werden wir Sorge dafür tragen, die duale berufliche Ausbildung in Deutschland zu stärken. Sie ist ein Markenzeichen und Erfolgskern unseres Landes und Grundlage für die hervorragende Qualität unseres Handwerks.

Die duale Ausbildung zeichnet auch verantwortlich für die geringste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Mit der Stärkung des Meister-BAföGs und anderen geeigneten Mitteln werden wir die Attraktivität der beruflichen Ausbildung erhöhen.

Damit werden wir auch vorausschauend dem sich im Zuge des demografischen Wandels andeutenden Fachkräftemangel vorbeugen.

Der größte Handlungsbedarf besteht weiter bei den jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss. Hier setzt die Ausbildungsallianz insbesondere mit den Instrumenten der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der assistierten Ausbildung an.

Mit den Bildungsketten und einer Verbesserung der Betreuung von Schülern an den Übergängen ihres Bildungsweges gibt es gute Möglichkeiten zur Vorbeugung.

In einem Antrag formulieren wir zum Thema „Inklusion“, dem sich der Bildungsbericht schwerpunktmäßig gewidmet hat, eine eigene Position und fordern die Bundesregierung dazu auf, Forschungsprojekte für die Entwicklung von Strategien mit dem Schwerpunkt Lernmaterialien und Unterrichtshilfen für Kinder mit einer Behinderung zu fördern.

Auch die Aus- und Weiterbildung für die neuen Aufgaben der inklusiven Bildung soll für das Personal aller Bildungsinstitutionen in Abstimmung mit den Ländern vorangetrieben werden.

### **Demographischer Wandel verstärkt Fachkräftemangel**

Im September 2014 gab es in 139 von 615 Berufsgattungen Fachkraftengpässe. Davon spricht man, wenn aus dem Kreis der Arbeitslosen nicht alle offenen Stellen in diesem Bereich zu besetzen sind.

Insgesamt 6,7 von 23,9 Millionen Fachkräften arbeiteten in Engpassberufen. Die meisten Engpassberufe gibt es in den Bereichen „Gesundheit, Soziales und Bildung“ sowie „Bau- und Gebäudetechnik“. Der absehbare Renteneintritt der sogenannten Babyboomer-Generation wird mittelfristig zu einem erhöhten Ersatzbedarf an Fachkräften führen.

Von den 6,7 Millionen Engpass-Fachkräften werden 2,1 Millionen innerhalb der nächsten 15 Jahre den Arbeitsmarkt verlassen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind von Engpässen deutlich häufiger betroffen als große Unternehmen.

*(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)*

### **Christenverfolgung nimmt zu**

Laut dem jüngst vom christlichen Hilfswerk Open Doors veröffentlichten Weltverfolgungsindex (WVI) werden heute weltweit rund 100 Millionen Christen um ihres Glaubens willen verfolgt.

Das 13. Mal in Folge steht Nordkorea auf dem unrühmlichen Platz 1 des WVI, gefolgt von Somalia, dem Irak, Syrien, Afghanistan, Sudan, dem Iran, Pakistan, Eritrea und Nigeria.

In 18 der 20 am höchsten eingestuften Länder gilt „Islamischer Extremismus“ als eine Haupttriebkraft der Verfolgung.

Die stärkste Zunahme der Christenverfolgung vollzieht sich in Afrika, besonders in den Ländern südlich der Sahara. Neben dem gewalttätigen Vorgehen islamistischer Gruppierungen trägt dazu wesentlich die schleichende Islamisierung einiger Staaten bei.

Ein Beispiel hierfür ist Kenia, das auf dem Index den stärksten Sprung nach oben macht - von Platz 43 auf Platz 19. Gleichzeitig verdeutlicht der WVI, dass auch die Schwere der Verfolgung weltweit zugenommen hat.

*(Quelle: Open Doors)*

### **Gründer unterschätzen Finanzbedarf**

Rund ein Drittel aller neuen Unternehmen verzichtet bei seiner Gründung auf einen Businessplan, der ihre Geschäftsidee konkretisiert und durchdenkt.

Doch auch wenn ein Businessplan aufgestellt wird, unterschätzen Gründer den tatsächlichen Finanzbedarf häufig. Laut Daten des KfW/ZEW-Gründungspanels betrug der angesetzte Finanzbedarf für das Gründungsjahr im Mittel 102.000 Euro, der tatsächlich angefallene Finanzbedarf jedoch 50.000 Euro mehr.

Insgesamt blieb der tatsächliche Finanzbedarf nur bei 28 Prozent der Unternehmensgründungen innerhalb des angesetzten Budgetrahmens.

*(Quelle: KfW Economic Research)*